

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

N. Berlin, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Im großen Saale des Abgeordnetenhauses hielt gestern der Volksbund für Freiheit und Vaterland unter zahlreicher Beteiligung seine erste Versammlung ab, in welcher die Aufgaben und Ziele des Bundes entwickelt wurden. Der Vorsitzende Prof. Dr. Franke wies darauf hin, daß der Volksbund eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von 4 Millionen hinter sich wisse. Er erstrebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrenvollen, gerechten Abschlusses des Krieges, wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Prof. Dr. Troeltsch ging auf die dem Willen des neuen Bundes entgegenstehende Vorgründung der „Vaterlands-Partei“ ein. So sehr die agitatorische Absicht schon des Namens dieses Vereins nachgeföhlt werden könne, so sachlich unglücklich, unrichtig und anmassend sei diese Bezeichnung: Sie kennzeichne den Geist, der in den Reihen der „Vaterlands-Partei“ vorherrschend sei. Ihr stärkster Fehler ist die völlige Außerachtlaffung der Rücksicht auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben. Wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können. Die zweite Aufgabe des Volksbundes ist die Mitwirkung an der politischen Neugestaltung des Reiches, dessen Schicksal und Aussichten mit dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage eng verbunden ist. Der künftige Frieden kann nur ein Vertragsfrieden sein. Jeder Vertrag aber verlangt Vertrauen, Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem setzt in anderen Völkern eine Demobilisierung der Geister ein. Diesen Prozeß zu fördern, ist eine sittliche Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Friede aufgebaut werden kann, soll nicht die Kulturwelt im gegenseitigen Selbstmord zu Grunde gehen.

Der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien führte es: Die Zustände in Deutschland vor dem Krieg dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr letztes eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft. Es ist z. B. kein Zufall, daß dieselben Kreise und Personen, die nach außen die Gewalt und die Politik der Faust propagieren, dieselben sind, die im Innern allen freiheitlichen Bestrebungen des Volkes mit allen Mitteln entgegenstreben. Die Wahlrechtsvorlage muß sich durchsetzen. Die bis auf's äußerste in Anspruch genommene Geduld des Volkes noch mehr zu belasten, führt notwendig zur Katastrophe. Das Gleiche gilt von der halbigen vollen Freiheit des Koalitionsrechts, das sich heute lediglich der Duldung erfreut. Vor allem muß der § 153 fallen. Es liegt bei der Zukunft, ob die während dieses Krieges überbrückte Gegenföhlichkeit der Begriffe Freiheit und Vaterland, auf immer verschwindet oder noch erweitert und unvereinbar gemacht wird.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Berechtigung wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingehenden freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Ausgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts. Ferner wird eine vollständige Reform des Herrenhauses in Preußen gefordert. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einigkeit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern geschlich geordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeföhrt werden.

Als letzter Redner nahm der Zentrumsabgeordnete Stegerwald das Wort. Er bezeichnete die Beendigung der Völkerkatastrophe und den Aufbau des Friedens als sichere Grundlage als allgemeines und oberstes Kulturziel. — Zum Schlusse erfolgte die Annahme folgender

Resolution:

Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten, so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrod zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Vergiftfrieden ebenso entschieden ab, wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarenden Grenzverschiebungen, die von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Gebietsentschädigungen absehen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahren. Jeder Frieden, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechts und der Sittlichkeit Gewähr leisten.

In diesen Forderungen zeigt sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.